



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 04.06.2026**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Festsaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 17:43 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Philipp Pieloth

Paul Backmund
Claudia Schmidt

Ute Haupt
Dr. Annette Kreutzfeldt
Dr. med. Detlef Wend

Dorothea Elias

Dr. Gaby Hayne

Tobias Heinicke

Steffen Kohlert

Uwe Kramer

Christof Starke

Daniel Becker
Maika Bunge
Dr. Andreas Methner
Mirko Petrick
Robert Schönrok
Stephan Trautwein

Jan Kaltofen

Ausschussvorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
stellv. Mitglied im JHA/UA
Vertretung für Herrn Friedemann Raabe
stellv. stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Vertretung für Frau Anna Manser
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Vertretung für Herrn Dr. Henrik Kluge
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Vertretung für Herrn Nico Teschner

Verwaltung:

Katharina Brederlow
Alexander Frolow
Christian Loll
Dr. Sebastian Meißner
René Lukas

Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Leiter Abteilung Verwaltung und Finanzen
Sozialplaner
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Carsten Heym
Ulrike Wölfel
Friedemann Raabe
Yvonne Krause

Anna Manser

Jerome Deubel
Dr. Toralf Fischer
Johannes-Michael Gläser

AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Dr. Hendrik Kluge
Elias Mischke
René Moses
Tatjana Privorozkaya
Daniela Suchantke
Nico Teschner
Susanne Willers

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Pieloth eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Heym bat, den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017 Vorlage: VIII/2025/02052 zu vertagen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Pieloth** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Kinder- Jugendsprechstunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.05.2026
6. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen der Jugendhilfe für den Zeitraum ab 01.04.2026
Vorlage: VIII/2026/02503
- 7.2. 5. Satzung zur Änderung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt und Sekundarschulen ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 5. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung
Vorlage: VIII/2026/02594
- 7.3. Konzept zur Verbesserung der Deutschsprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund am Übergang Kita-Grundschule in der Südlichen Neustadt
Vorlage: VIII/2026/02588
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten

Freiraumkonzept VII/2019/00017

Vorlage: VIII/2025/02052 **erledigt**

- 8.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Clusterbildung bei Integrationsbegleitern nach § 35a SGB VIII

Vorlage: VIII/2026/02601

- 8.3. Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Zukunft der Stadtteilbibliothek Süd: Einrichtung eines "Lesecafés"

Vorlage: VIII/2025/02043

9. Mitteilungen

- 9.1. Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2026

Vorlage: VIII/2026/02750

10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 10.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Niedrigschwelligkeit des Jugendamtes
Vorlage: VIII/2026/02710

11. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.05.2026

13. Beschlussvorlagen

14. Anträge von Fraktionen und Stadträten

15. Mitteilungen

16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

17. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragestellerin zur Schulsozialarbeit

Auf Antrag des stellvertretenden Ausschussmitgliedes im Jugendhilfeausschuss Herrn Dr. Wend wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Fragestellerin

Meine Frage ist, wie es mit der kommunalen Schulsozialarbeit ab 1.8.2026 weitergeht. Diese Frage hatte ich im März schon mal gestellt an Frau Brederlow und sie meinte, wenn der Haushalt bewilligt ist, dann läuft es planmäßig weiter und ich würde gerne wissen, ob das so ist.

Herr Frolow

Ja, wir hatten eigentlich vorgehabt, in dieser Sitzung die entsprechende Beschlussvorlage schon einzubringen, und das hat leider nicht geklappt, weil uns die Freigaben dafür nicht rechtzeitig vorlagen. Deswegen ist die Sitzungseinladungsfrist verstrichen. Darum wären wir vielleicht heute schon hier, aber wir werden eine Sondersitzung anberaumen zu dem Thema, zu dieser Vorlage und auch zu anderen. Die ist momentan avisiert für den 30.06. Das ist recht spät. Wir werden das aber verwaltungstechnisch so vorbereiten und umsetzen, dass die Bewilligungen dann auch entsprechend vorbereitet sind. Ich gehe davon aus, dass die Vorlage auf einen breiten Konsens trifft, dann am 30.06. 2026 und wir hoffen, dass wir mit dieser sehr engen Zeitkette dann auch nahtlos die Bewilligungen und die Forderungen anschließen können.

Herr Pieloth

Danke. Gibt es weitere Einwohnerfragen? Das sehe ich nicht.

Ende Wortprotokoll

zu 4 Kinder- Jugendsprechstunde

Es gab keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde

zu 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.05.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 07.05.2026, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 6 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüssen in der nicht öffentlichen Sitzung.

zu 7 Beschlussvorlagen

**zu 7.1 Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe - Sonstige Maßnahmen der Jugendhilfe für den Zeitraum ab 01.04.2026
Vorlage: VIII/2026/02503**

Herr Pieloth macht auf die Einhaltung des Mitwirkungsverbots aufmerksam.

Herr Christof Starke befand sich im Mitwirkungsverbot und setzte sich in den Zuschauerbereich.

Herr Frolow brachte die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Es gab keine Fragen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Wend schilderte aus seiner Erfahrung, dass Kinder aus stark migrierten Umgebungen oft früh in die Kita gehen sollten, um dort Deutsch zu lernen. Eltern, die eine Anmeldung in einer Kita für ihr Kind hinauszögern, führen oft zu Schwierigkeiten bei der sprachlichen Förderung und der Integration der Kinder mit Migrationshintergrund im Alltagsleben. In manchen Fällen suchen Kinder in der Kita Freunde unter denen, die Arabisch sprechen. Dadurch gelingt Integration nicht immer wie gewünscht. Zudem zeigen Beispiele wie Neustadt, dass in Gegenden mit niedriger Migrationsrate Kitas schließen könnten und der Zugang schwerer wird. Ohne klare Einzugsbereiche wie bei Grundschulen bleibt der Zugangs- und Integrationsprozess problematisch.

Frau Brederlow teilte mit, dass das Thema zur Wohnortnähe seit Jahren diskutiert wird. Sie versteht den Wortbeitrag von Herrn Dr. Wend so, dass hinterfragt wird, ob Kinder aus Halle Neustadt nicht in das Paulusviertel gebracht werden können. Sie verneinte dies, weil Eltern ein Wunsch- und Wahlrecht haben. Sie wies darauf hin, dass gesetzliche Bindungen gelten und freiwillige Leistungen nicht möglich sind. Demnach müssten die Eltern diese Aufgabe grundsätzlich selbst stemmen, auch wenn Kinder einen höheren Betreuungs- und Integrationsbedarf hätten. Sie betonte, dass andere Städte ähnliche Ansätze erprobt hatten und erfolglos waren. Ein zentraler Punkt ist, dass Eltern in der Regel Wohnortnähe bevorzugen. Daher sollen im Konzept in der südlichen Neustadt Ressourcen vor Ort bereitgestellt werden.

Frau Dr. Kreutzfeldt erinnerte daran, dass in der Südlichen Neustadt der geringste Versorgungsgrad mit Kita-Plätzen und die höchste Auslastung der Kitas besteht. Sie bemerkte, dass Kitas in anderen Bereichen weniger ausgelastet sind und dort möglicherweise Personal verfügbar wäre. Grundlegend ist schrittweise ein Personalüberhang festzustellen. **Frau Dr. Kreutzfeldt** erkundigte sich, ob Kitas in Halle Neustadt besser ausgestattet werden könnten, insbesondere durch zusätzliche personelle Ressourcen.

Frau Brederlow erinnerte daran, dass der Geschäftsbereich Bildung und Soziales eine Haushaltssperre von ca. 11,7 Millionen hat. Es sind keine finanziellen Mittel für die Einstellung zusätzlicher Kräfte verfügbar. Sie sagte, dass der aktuelle Betreuungsschlüssel landesweit gilt und einzelne Einrichtungen zusätzliche Angebote wie Sprachförderung sowie Kita-Sozialarbeit anbieten. Ziel ist es, in den Kitas mit besonderem Bedarf Ressourcen zu halten bzw. aufzustocken.

Herr Starke lobte das Konzept, weil der Bedarf zur Verbesserung der Deutschsprachkenntnisse von Kindern mit Migrationshintergrund vorhanden ist. Des Weiteren freut er sich über die Berichterstattung zu Erfolgen und Schwierigkeiten des Konzepts. Er bat um eine präzisere zeitliche Orientierung, da Formulierungen wie 2026/2027 zu unspezifisch sind.

Es gab keine weiteren Fragen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt das in der Anlage vorgelegte Konzept.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die in Abschnitt 5.3 aufgeführten Maßnahmen umzusetzen. Für einzelne Maßnahmen, die einer finanziellen Untersetzung

3. Die Stadtverwaltung erhält den Auftrag, dem Stadtrat jährlich zum Umsetzungsstand der Maßnahmen zu berichten.
4. Die Stadtverwaltung prüft die Übertragung der Maßnahmen auf weitere Stadtteile mit ähnlichen Bedarfen und Rahmenbedingungen.

zu 8.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses zum sogenannten Freiraumkonzept VII/2019/00017 Vorlage: VIII/2025/02052

zu 8.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Prüfung der Clusterbildung bei Integrationsbegleitern nach § 35a SGB VIII Vorlage: VIII/2026/02601

Frau Haupt bemerkte, dass der Antrag für sie noch nicht ausgereift erscheint. Sie erinnerte an Aussagen von Lehrern, die berichten, dass mehrere Personen im Klassenraum kein Problem seien, was unterschiedliche Meinungen hervorruft. Aktuell ist der inhaltliche Aspekt des Antrags für sie nicht zustimmungsfähig.

Frau Kreutzfeldt betonte, dass sie die Bedenken von Frau Haupt nachvollziehen kann. Sie machte auf das bereits bestehende Projekt der Salzmann-Schule aufmerksam. Es sollten hierbei die Erfahrungen und Einschätzungen des Projekts abgewartet werden. Sie enthält sich bei der Abstimmung.

Es gab keine weiteren Fragen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung Halle (Saale), ein Modell zur geclusterten Integrationsbegleitung an Schulen zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 8.3 Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Zukunft der Stadtteilbibliothek Süd: Einrichtung eines "Lesecafés" Vorlage: VIII/2025/02043

Herr Dr. Wend stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrags der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Zukunft der Stadtteilbibliothek Süd: Einrichtung eines "Lesecafés"

Herr Pieloth bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags auf Vertagung des Antrags.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Erstellung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der Stadtteilbibliothek Süd hin zu einem „Lesecafé“. Das Konzept soll insbesondere folgende Punkte enthalten: Vorschlag für einen neuen, barrierefrei erreichbaren, zentral gelegenen und mit dem ÖPNV gut angebundenen Standort in der Südstadt, Darstellung, wie Synergien mit nahegelegenen Bildungs- und Jugendeinrichtungen (z. B. Schulen, Kitas, Horte, Jugendclubs, Familienzentren) systematisch erfasst und konzeptionell genutzt werden können, Prüfung, ob und in welcher Form ein niederschwelliges Getränke- und Snackangebot in Form eines Cafés – in Eigenregie oder durch Dritte – in das Konzept integriert werden kann, ohne die Gemeinnützigkeit und den Bildungs- und Kulturauftrag der Stadtbibliothek zu gefährden, Prüfung, ob das „Lesecafé“ als alleiniger Bibliotheksstandort oder als gemeinsam genutzter Standort mit sozialen Trägern vor Ort (insbesondere durch die räumliche Bündelung von Bibliothek, Jugendangeboten und sozialen Beratungsleistungen für Jung und Alt unter einem Dach) genutzt werden kann.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2026
Vorlage: VIII/2026/02750

Die Jahresplanung wurde zur Kenntnis genommen und ist im Session hinterlegt.

Herr Frolow gab bekannt, dass eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.06.2026 geplant ist. Es sollen die Beschlussvorlagen „Förderung der Angebote der Träger

der freien Jugendhilfe, Schulsozialarbeit vom 01.08.2026 bis 31.07.2027 – Prioritätensetzung“ und „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe, Dezentrale Jugendbüros in der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum vom 01.07.2026 bis 31.12.2027“ behandelt werden.

Frau Schmidt bat um Prüfung, ob an diesem Tag genügend stimmberechtigte Mitglieder teilnehmen können.

Herr Pieloth bat die stimmberechtigten Mitglieder, den vorgeschlagenen Sitzungstermin zu prüfen.

Herr Starke erkundigte sich, ob nur die beiden Beschlussvorlagen zur Behandlung vorgesehen sind.

Herr Frolow teilte mit, dass bei Sondersitzungen nur die dringenden Beschlussvorlagen behandelt werden sollten.

Frau Dr. Kreutzfeldt regte an, den Beginn der Sondersitzung auf 16:00 Uhr vorzuziehen.

Herr Pieloth stellte fest, dass am 30.06.2026 um 16:00 Uhr eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses stattfinden wird.

zu 10 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Niedrigschwelligkeit des Jugendamtes Vorlage: VIII/2026/02710

Die Antwort der Verwaltung ist im Session hinterlegt und wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Herr Dr. Wend zum Thema fairer Zugang zu Kindertagesstätten

Herr Dr. Wend nahm Bezug auf einen Antrag zum Thema „Mitteilung fairer Zugang zu Kindertagesstätten“. Er erkundigte sich, ob dazu ein Beschluss gefasst werden sollte.

Frau Brederlow sagte, dass zum Thema „Mitteilung fairer Zugang zu Kindertagesstätten“ informiert wurde. Ob ein Beschluss zu fassen ist, muss die Verwaltung recherchieren.

zu 10.3 Frau Dr. Kreutzfeldt zur Niedrigschwelligkeit des Jugendamtes

Frau Dr. Kreutzfeldt bezog sich auf die SPD-Anfrage zur Niedrigschwelligkeit des Jugendamtes in Halle (Saale). Sie hinterfragte, warum es keinen direkten Zugang zum Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) insbesondere in Neustadt gibt. Sie bemerkte, dass es wichtig ist, den Zugang niederschwelliger und direkt nutzbar zu machen. Dabei sollte man ohne Anmeldung vorstellig werden können und ohne langfristige Terminvorplanung direkt Hilfe erhalten.

Herr Frolow betonte, dass bei vorhandenem Personal niemand in Notfällen abgewiesen wird.

Des Weiteren gibt es ein eigenes Spezialteam für Kinderschutz-Themen, das uneingeschränkt im Einsatz ist. Zusätzlich existieren Bereitschaftsdienste und der ASD ist

rund um die Uhr erreichbar. Er wies darauf hin, dass man sich für planbare Dinge, Termine wünscht, damit alles vorbereitet ist und ausreichend Zeit eingeplant werden kann. Die Terminvergabe hat sich auch seit der Corona-Zeit bewährt.

zu 10.4 Herr Dr. Wend zur Umsetzung zur Haushaltssperre

Herr Dr. Wend erwähnte die Umsetzung der Haushaltsanordnung. Seines Wissens muss die Stadt Halle (Saale) 11,6 Millionen einsparen. Er erkundigte sich, inwieweit der Bereich der Jugendhilfe davon betroffen ist.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass hierbei die Haushaltssperre gemeint ist. Es geht um Mittel, die in diesem Jahr nicht haushaltswirksam werden, die somit tatsächlich einer Sperre unterliegen können, ohne dass ein erhöhtes Risiko besteht. Sie wies darauf hin, dass die gesperrten Mittel auch gut gegenüber der Kommunalaufsicht begründet sein müssen. Die Stadt Halle (Saale) insgesamt 20 Millionen aus einer Haushaltssperre zu erwirtschaften hat.

Frau Brederlow sagte, dass die Geschäftsbereiche einzelne Gespräche mit dem Bürgermeister Herrn Geier führen werden. Insgesamt sind aus dem Anteil des Geschäftsbereiches rund 8 Millionen, die den Fachbereich 51 betreffen, Schule und Jugendhilfe.

zu 11 Anregungen

zu 11.1 Herr Kaltoven zu dezentrale Jugendbüros

Auf Antrag des stellvertretenden Ausschussmitgliedes im Jugendhilfeausschuss, Herrn Dr. Wend, wurde zu folgendem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Pieloth

Unter Punkt 11 haben Sie öffentliche Anregungen, Herr Kaltoven.

Herr Kaltoven

Herzlichen Dank. Für diejenigen, die mich nicht kennen Jan Kaltoven, Geschäftsführer und Jobcenter Halle Saale. Sie kennen Herrn Teschner, der üblicherweise in der Runde hier sitzt, den wir als Haus auch entsenden. Es ist eine Anregung kombiniert mit einer Fragestellung, die sich auf die avisierte Beschlussvorlage zur Sondersitzung bezieht.

Mir geht es um die dezentralen Jugendbüros. Wir sind Häftiger Financier der Jugendbüros. Wir stellen das Geld natürlich auch sicher zur Verfügung. Die Anregung kombiniere ich wahrscheinlich ein Stückchen mit einer Frage. Wenn am 30.06.2026 ein Beschluss gefasst wird mit einer Fortführung der Jugendbüros zum 1.07.2026, wissen, glaube ich, alle im Raum, dass ein Teil der Mitarbeiter dann schon weg sein könnte. Das Problem haben wir heute schon, denn die ersten Kolleginnen und Kollegen der Träger lassen sich natürlich schon Arbeitszeugnisse ausstellen.

Das ist nachvollziehbar. Die haben sich zum Teil auch schon arbeitssuchend gemeldet bei der Agentur für Arbeit, weil sie eben keine Sicherheit haben. Die Fragestellung, die mich umtreibt, wie kann sichergestellt werden, dass bei einer Beschlussfassung hier am 30.06.2026 unmittelbar nach der Sitzung die Träger auch diese sichere Information haben, es kommt, gibt es da eine Art, ich nenne es mal vorläufigen Maßnahmenbeginn oder Ähnliches, oder müssten wir in eine Vorfinanzierung von einem Monat gehen, um

wenigstens die Standorte zu sichern, weil wir müssen diese sichern. Es geht aber nur, wenn da ein Stückchen, ich sage mal, eine Vision dazu besteht. Vielleicht auch eher in Richtung Herrn Frolow formuliert diese Fragestellung, aber es treibt, glaube ich, die komplette Runde auch um. Vielen Dank.

Herr Frolow

Herr Loll kann ja gerne ergänzen. Ich würde jetzt mal so anfangen. Wir bereiten das vor. Die Beschlussvorlage quasi antizipiert ja unsere Verwaltungsakte, die wir dazu erlassen. Und die haben wir dann quasi schon fertig. Und die können wir auch verbinden mit der Möglichkeit eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns unter Verzicht. Das ist eine Möglichkeit. Und dann natürlich gibt es immer noch das, was wir auch mitschicken. Den Verzicht auf den Rechtsbehelf, der das Ganze dann nachher in der Auszahlung auch beschleunigen würde. So, aber Herr Loll kann gerne noch ergänzen.

Herr Loll

Ich wollte gerne dazu ergänzen, und zwar können wir erst die Bescheide nach Bestandskraft des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses erteilen. Das sind ja dann auch nochmal zwei Wochen, bis der Beschluss vom 30.06.2026 rechtskräftig wird. Deswegen können wir frühestens ab 15.07.2026 bescheiden. Allerdings haben wir laut Förderrichtlinie, die auch den Trägern bekannt ist, hier ein Fördermittelverfahren, dass dann auch die Gelder nachträglich ausgezahlt werden, nachdem die Leistung erbracht worden ist. Also dann nach Bestandskraft des Bescheides. Und wenn die ersten Kosten angefallen sind, können wir auch auszahlen. Wir werden hier in diesem Fall, um mit der Maßnahme zum 01.07.2026 starten zu können, mit einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn arbeiten. Natürlich dann, wenn die Träger den VZM natürlich auch eingereicht und beantragt haben. Wir haben übrigens auch für das Jahr 2026 auch bereits die Haushaltsermächtigung in Form einer Mittelfreigabe. Also können wir hier auch einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilen, denn der ist nämlich nur dann möglich, wenn die Finanzierung gesichert ist. Und die ist in diesem Fall bis erstmal für dieses Haushaltsjahr gesichert.

Frau Haupt

Können Sie bitte den letzten Satz nochmal sagen, den haben wir nicht verstanden.

Herr Loll

Wir haben einen Antrag auf Freigabe von Haushaltsmitteln intern hier gestellt, weil wir befinden uns ja formal jetzt noch in der vorläufigen Haushaltsführung, solange es kein Ausführungsschreiben zum Haushaltsplan gibt und keine Ausführungsbestimmung. Und deswegen haben wir hier eine Haushaltsermächtigung von der Kämmerei bekommen, die uns jetzt erlaubt, die Mittel für die dezentralen Jugendbüros zu binden. Und das ist Voraussetzung für den vorzeitlichen Maßnahmenbeginn. Und der ist in diesem Fall erfüllt. Und deswegen können wir die vorzeitlichen Maßnahmen beginnen, wenn die natürlich auch beantragt sind durch die Träger, auch entsprechend positiv bescheiden.

Herr Pieloth

Herr Kramer, bitte.

Herr Kramer

Meine Frage zieht auf den zweiten Teil der Sondersitzung, die kommunale Schulsozialarbeit. Ist das Prozedere dort genauso zu handhaben mit VZM und allem dem, was dazugehört oder gibt es da Unterschiede?

Herr Frolow

Herr Loll kann gleich nahtlos anschließen.

Herr Loll

Grundsätzlich ist die Verfahrensweise hier genauso. Allerdings haben wir natürlich dann auch bei der Schulsozialarbeit noch einen Monat Zeit bis zum Beginn. Also dort, wo wir es natürlich schaffen, würden wir natürlich auch die Bescheide vorbereiten. Und dann können wir auch ab, wenn der Jugendhilfeausschuss die Vorlage auch entsprechend positiv entscheidet, ab 15.07.2026 dann auch mit der Bescheidung beginnen, die wir natürlich dann schon verwaltungsintern vorbereiten. Also wir arbeiten ja dann an der Bescheidung und die können dann sozusagen ab 15.07.2026 dann erlassen werden, die Bescheide unterschrieben werden und versandt werden. Also da sehe ich es positiv, dass wir vor dem 01.08.2026 jeden Antrag bescheiden können. Das sind ja nicht so viele Maßnahmen. Bei der kommunalen Schulsozialarbeit handelt es sich ja nur um zwölf Projekte. Bei allen anderen werden ja ESF finanziert.

Herr Pieloth

Vielen Dank. Gibt es noch weitere Anregungen? Herr Dr. Wend, bitte.

Herr Dr. Wend

Und wenn ich das jetzt höre, ist dann der 30.06.2026 so ein guter Termin? Wird das dann nicht alles zu knapp?

Herr Pieloth

Herr Frolow, bitte.

Herr Frolow

Also mit dem Termin können wir die Ketten, so wie sie jetzt sind, halten. Das ist ambitioniert. Früher wäre es schöner gewesen. Mir wäre es heute auch lieber gewesen, dass wir das heute machen. Das war uns aber leider nicht vergönnt. Mir geht es jetzt um die Sache und der 30.06.2026 als Termin. Wir können das halten, wir können das verwaltungstechnisch absichern bei uns. Wir sind froh, dass wir die Freigaben haben. Und es wäre schön, wenn wir da eine Beschlussfähigkeit absichern können.

Herr Pieloth

Gut, gibt es jetzt noch Anregungen? Das nehme ich nicht wahr.

Ende Wortprotokoll

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Pieloth** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Philipp Pieloth
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer